

---

## Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

Mit einer großangelegten Kampagne zum Volksentscheid buhlte die SED-Führung 1968 bei der DDR-Bevölkerung um "Ja"-Stimmen für die neue Verfassung. Die Stasi überwachte dabei das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Ein Stasi-Spitzel mit dem Decknamen "Blitz" berichtete von Gesprächen aus seinem Arbeitsumfeld über die anstehenden Wahlen zum Volksentscheid.

Am 6. April 1968 fand der einzige Volksentscheid in der Geschichte der DDR statt. Zur Abstimmung stand der Entwurf einer neuen Verfassung. In ihr wurde der SED ausdrücklich die führende Rolle in der DDR, dem nunmehr "sozialistischen Staat deutscher Nation", zugesprochen.

Damit bei der Abstimmung im Sinne der SED alles glatt ging und alle Wahlberechtigten ihr Kreuzchen beim "Ja" setzten, inszenierte die Staatspartei vorab monatelang sogenannte Volksaussprachen. Diese in Arbeitskollektiven, an Hochschulen, Universitäten und bei den Streitkräften organisierten Versammlungen dienten der Kontrolle und Lenkung des Abstimmungsverhaltens. Trotzdem sagten in einigen Regionen 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler "Nein" zur Verfassung.

Eine zentrale Rolle im Umfeld des Volksentscheids kam der Staatssicherheit zu. Der Befehl 8/68 von Stasi-Minister Mielke an alle Dienstseinheiten war die Grundlage für die Maßnahme- und Einsatzpläne des MfS rund um den Volksentscheid. Aktion "Optimismus" war der geheimpolizeiliche Name für diese Operation. Sie begann am 28. März 1968, 17 Uhr, und endete am 7. April 1968, 17 Uhr.

Alle Dienstseinheiten waren verpflichtet, regelmäßig über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu informieren, vor allem darüber, ob es ablehnende Haltungen oder gar offenen Protest gegen die neue Verfassung gab. Die Berichte wurden zusammengefasst und an die Zentrale Auswertungs- und Kontrollgruppe (ZAIG) des MfS gemeldet. Diese hatte die Aufgabe, die Partei- und Staatsführung täglich auf dem Laufenden zu halten. So sollte das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand überwacht und gesteuert werden.

Inoffizielle Mitarbeiter wurden beauftragt, über Meinungen und Stimmungen zum Volksentscheid zu berichten. So gab der Geheime Informator (GI) "Blitz" den Inhalt der durch die Gewerkschaft organisierten "Volksaussprache" in seinem Arbeitsumfeld wieder. Der Meister sei nicht bereit, die Kollegen zu kontrollieren und zu einer Abstimmung schon am Morgen des Wahltages zu bewegen.

---

**Signatur:** BArch, MfS, BV Potsdam, Vorl. A 85/78, Bl. 282-284

---

### Metadaten

Datum: 4.2.1968

Überlieferungsform: Dokument

## Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

OPG Hennigsdorf Hennigsdorf, den 04. 02. 68 224  
BSTU  
0282

T o n b a n d a b s c h r i f t

Quelle: GI "Blitz "  
entgegengenommen: Ltn. Markgraf  
am: 04. 02. 68

Betr.: Einschätzung über die Auswertung der Gespräche über den  
Volksentscheid zum 06. 04. 68

Ich sprach heute gegen 12.00 Uhr mit [REDACTED] [REDACTED] aus der If.  
Weiterhin waren an diesem Gespräch beteiligt, der Koll. [REDACTED]  
aus der If und der Kollege [REDACTED], ebenfalls aus der If.  
Im Laufe des Gesprächs äußerten sich diese drei Personen  
zu dem Volksentscheid und zu den Gesprächen, die bisher geführt  
worden sind. Dabei kamen folgende Meinungen zum Ausdruck.  
Der Koll. [REDACTED] äußerte sich, daß er befürchtet, daß  
seine pol. Einstellung, die er bisher geäußert hat, auch auf einer  
Gewerkschaftsversammlung, die innerhalb des Bereiches in der If  
stattfand in der vorigen Woche ( er hat dort einige Äußerungen  
gemacht, die er mir gegenüber nicht genau definiert hat ) ergä-  
nur an, daß er sich zu der bevorstehenden Wahl so verhalten wird,  
daß er seine Stimme abgeben wird, inwiefern äußerte er nicht.  
Der Koll. [REDACTED] äußerte sich so, daß er aufgefordert ist von  
seiten der Abteilung , als Meister darüber zu wachen, daß  
er seine Kollegen anleiten soll, daß sie ihre Stimme in den  
Vormittagsstunden abgeben sollen. Er vertritt dazu folgende  
Meinung, daß er nicht in der Lage ist, da ein Teil seiner Kollegen  
in Nauen, in Falkensee u. a. Orten wohnhaft sind, daß er  
diese kontrollieren kann. Er kann nur daraufhin wirken, daß die  
Kollegen ihre Stimme abgeben werden. Er vertrat dabei die Ansicht,  
daß es nicht seine Aufgabe ist. Er stellte im Laufe einer  
Diskussion, die im Rahmen der Gewerkschaft durchgeführt worden sind

- 2 -



## Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

- 2 -

225  
BSTU  
0283

und im Gespräch mit einigen Kollegen von der Gewerkschaft die Frage, warum die Versorgung bei uns so schlecht ist. Er wurde angesprochen, daß er die Kollegen informieren soll und sie dazu zu bewegen am 06. 04. 68 ihre Stimme rechtzeitig abzugeben. Er antwortete daraufhin, welche Verpflichtung denn die Partei und die Gewerkschaft eingeht, um zu garantieren, daß die Versorgung hier in Hennigsdorf und Umgebung gewährleistet wird. Er führte als Beispiel an, daß es in Berlin mengenweise Apfelsinen gäbe, hier jedoch keine zu bekommen. Dieses Argument warf er mit in die Debatte.

Der Koll. [REDACTED] äußerte sich dahingehend, daß er noch nicht weiß, in welchem Wahllokal er wählen soll bzw. er noch keine konkreten Vorstellungen hat. Er äußerte sich weiter, daß wenn er an diesem Tage Schicht haben würde, er erst dann zum Volksentscheid geht, wenn er von der Arbeit kommt und wenn er bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht weiß, in welchem Wahllokal er wählen soll, sich dann nicht mit an dem Volksentscheid beteiligen wird. Im Laufe des Gesprächs kamen noch einige Äußerungen von diesen Kollegen zutage. Dabei äußerte der Koll. [REDACTED], daß er in Arbeitskammern wählen gehen würde, da er seine Malerarbeiten durchführt und er sich nicht beflissen fühlt, sich umzuziehen. Für ihn wäre es kein besonderer Anlaß. Außerdem meinte er, wenn es denen nicht paßt, daß ich so zum Volksentscheid komme, dann können sie mich alle mal am A ..... lecken.

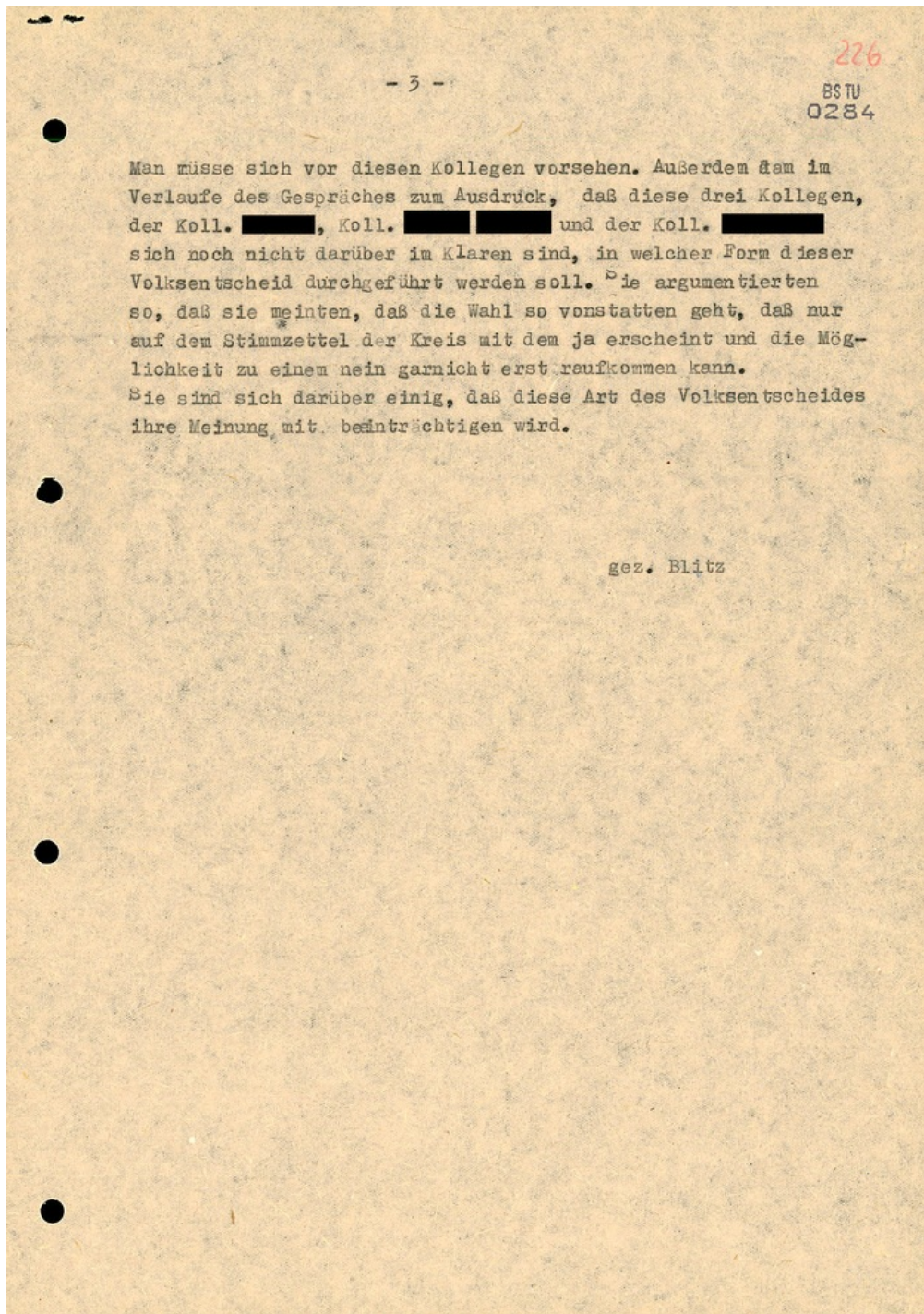
Der Koll. [REDACTED] hob im weiteren Gespräch das Argument heraus, daß er Angst hat, er hätte seine politische Meinung zu kraß geäußert.

Der Koll. [REDACTED] antwortete ihm, daß er sich keine Angst zu machen braucht, denn in dem Gespräch, das im Rahmen der Gewerkschaftsversammlung geführt wurde, brauche er sich nicht zu fürchten, daß der Koll. [REDACTED] oder irgend eine andere Person von dem Leitungskollektiv der If in diesem Rahmen das Gespräch weiter hinaustragen würden und er ganz unbesorgt sein kann. Dagegen sagte der Koll. [REDACTED], daß er sich vielmehr vor diesen kleinen "Ulbrichts" versehen sollte, die unten in der Halle umherschleichen. Das da welche darunter sind, die die anderen denunzieren würden. Z. B. gab er den Koll. [REDACTED] an, der Meister in der If ist. Er sagte, daß dieser Kollege besonders dazu neigt, andere Leute zu denunzieren.

- 3 -



## Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid



Signatur: BArch, MfS, BV Potsdam, Vorl. A 85/78, Bl. 282-284

Blatt 284